



Dienstag, 21. Jänner 1975

Blatt 117

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal

international:  
(rosa)

Paris plant Fußgängerzonen und überall  
Parkgebühren

Kommunal:  
(rosa)

Zum 30. Jahrestag: Pfoch empfängt Mit-  
glieder des Auschwitz-Komitees  
Parkscheine werden rot, blau und grün  
Wirksamere Hilfe für Behinderte

Lokal:  
(orange)

Kostenloser Bäder- und Sportstättenbesuch  
zu den Semesterferien

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l i n t e r n a t i o n a l :

=====

paris plant fussgaengerzonen und ueberall parkgebuehren

1 wien, 21.1. (rk) die pariser stadtverwaltung hat eine sonderkommission fuer verkehrsfragen gebildet, die den autoverkehr im stadtgebiet eindaemmen soll. die derzeitige verkehrssituation wird als nicht mehr tragbar bezeichnet. es fehlen 340.000 parkplaetze. die sonderkommission hat nun zwei weitgehende vorschlaege ausgearbeitet: erstens soll das parken kuenftig in ganz paris gebuehrenpflichtig sein, zweitens sollen fussgaengerzonen festgelegt werden. diese vorschlaege werden derzeit geprueft, bis juni soll darueber entschieden werden. (sti)

0907

L o k a l :

=====

kostenloser baeder- und sportstaettenbesuch zu den semesterferien

2 wien, 21.1. (rk) auch fuer jene wiener kinder, die weder in den semesterferien skiurlaub machen, noch an den wintersportaktionen teilnehmen koennen, hat die stadt wien vorgesorgt.

auf wunsch von sportstadtrat kurt h e l l e r wird das sportamt der stadt wien in zusammenarbeit mit dem landesjugendamt in den semsterferien vom 4. bis 7. februar in der zeit von 9 bis 13 uhr folgende baeder zum nulltarif freigeben: dianabad, amalienbad, theresienbad, ottakringer bad, joergerbad und das floridsdorfer hallenbad. badezeit: eineinhalb stunden.

ausserdem stehen der sportbegeisterten jugend vom 3. bis 7. februar taeglich von 8 bis 12 uhr die sporthallen 10, wendstattgasse 5, 11, florian hedorfer-strasse 24, 15, stadthalle, halle b, und 21, pastorstrasse 29, zur verfuegung. in diesen sporthallen wird unter aufsicht von erfahrenen sportlehrern hallenfussball, geraeteturnen und gymnastik betrieben.

fuer tischtennisfans sind vom 3. bis 7. februar von 8 bis 12 uhr die tischtennishallen 14, floetzersteig 115, 16, kirchstetterngasse 57, die michelbeuernhalle 18, waehringer guertel 40 und die donauparkhalle zum nulltarif geoeffnet. der tischtennisverband stellt schlaeger und baelle kostenlos zur verfuegung. (ka)

0909

k o m m u n a l :

=====

zum 30. jahrestag: pfoch empfaengt mitglieder  
des auschwitz-komitees

3 wien, 21.1. (rk) dieser tage jaehrt sich zum dreissigsten mal der tag der befreiung des konzentrationslagers auschwitz. aus diesem anlass veranstalteten das internationale verbindungs-komitee der ueberlebenden von auschwitz und das institut fuer neuere geschichte und zeitgeschichte an der hochschule linz eine internationale podiumsdiskussion mit dem thema "genocid im 20. jarhundert". teilnehmer der diskussion waren professor j. b a s t i a a n s aus leiden (niederlande), professor leo e i t i n g e r aus oslo (norwegen), ing. richard g l a z a r (cssr, jetzt schweiz), professor peter graf k i e l m a n s e g g aus koeln (brd), professor eugen k o g o n , hermann l a n g b e i n aus wien, professor anton p e l i n k a , abraham t a m i r aus jerusalem. die diskussionsteilnehmer und mitglieder des auschwitz-komitees wurden diensttag von vize-buergermeister hubert p f o c h im wiener rathaus empfangen (smo)  
1137

k o m m u n a l :

=====

parkscheine werden rot, blau und gruen

4 wien, 21.1. (rk) mit einer verordnung der wiener landes-  
regierung, die am dienstag auf antrag von stadtrat hans m a y r  
(spoe) beschlossen wurde, wird eine weitere voraussetzung fuer die  
einrichtung gebuehrenpflichtiger parkzonen geschaffen: die verordnung  
bestimmt form und aussehen der parkscheine, die damit in druck  
gehen koennen.

auf den parkscheinen werden die monatsnamen, das tagesdatum,  
sowie stunden- und minutenangaben angefuehrt. sie sind vom  
parkenden anzukreuzen, wobei angefangene viertelstunden ignoriert  
werden. wer also etwa um 14.01 uhr seinen wagen abstellt, kann  
die uhrzeit 14.15 uhr ankreuzen.

es wird parkscheine in drei farben geben - rot fuer eine halbe  
stunde, blau fuer eine stunde und gruen fuer eineinhalb stunden.  
die parkscheine werden in den filialen der grossen geldinstitute  
(ca, z, laenderbank, erste oesterreichische spar-casse) und wahr-  
scheinlich bei tankstellen verkauft werden.

zur schaffung der parkometerzonen ist nun noch eine ver-  
ordnung des gemeinderates notwendig, mit der die betreffenden zonen  
und die hoehe der parkgebuehr festgelegt werden. wahrscheinlich  
werden die gebuehrenpflichtigen parkzonen mit einem grossen teil  
der jetzigen kurzparkzonen innerhalb des guertels identisch sein.  
als gebuehr werden voraussichtlich 2 schilling pro halber stunde  
vorgeschlagen werden.

str. walter n e u s s e r (oevp) kritisierte, dass durch  
die parkgebuehren keine zusaetzlichen parkplaetze geschaffen  
wuerden. die ueberwachung werde mangelhaft sein, die 50 schilling  
strafe seien fuer viele nicht abschreckend. am meisten werde die  
wohnbevoelkerung betroffen sein, was im widerspruch zur absicht

./.

**PARKSCHEIN**

zur Benützung gebührenpflichtiger Kurzparkzonen

MAGISTRAT DER  
STADT WIEN



000001 A

Parkdauer 1/2 Stunde

Monat	Tag			Stunde		Min.
Jänner	1	11	21	0	12	0
Feber	2	12	22	1	13	
März	3	13	23	2	14	15
April	4	14	24	3	15	
Mai	5	15	25	4	16	30
Juni	6	16	26	5	17	
Juli	7	17	27	6	18	45
August	8	18	28	7	19	
September	9	19	29	8	20	
Oktober	10	20	30	9	21	
November			31	10	22	
Dezember	JAHR 1975 76			11	23	

einer revitalisierung der city stehe. auch die wirtschaft werde belastet.

str. m a y r dankte fuer die anregung, die strafen fuer parksuender zu erhoehen. zweck der parkgebuehren sei es, eine groessere mobilitaet der parkmoeglichkeiten zu erreichen. die einnahmen aus der parkgebuehr seien fuer verkehrsverbesserungen zweckgebunden, wobei die schaffung zusaetzlicher parkmoeglichkeiten im vordergrund stehe. so sei es etwa denkbar, neuen garagen fuer die anfangszeit, bis die kostendeckung erreicht sei, zu helfen. (sti)

k o m m u n a l :

=====

wirksamere hilfe fuer behinderte  
behindertengesetz wurde verbessert - mehrbelastung 18 millionen

5 wien, 21.1. (rk) die wiener landesregierung genehmigte dienstag unter dem vorsitz von landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h eine novelle des behindertengesetzes, die eine wesentliche verbesserung der hilfe fuer behinderte bringt.

stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r (spoe) verwies auf die wichtigsten verbesserungen: der personenkreis, der anspruch auf hilfe hat, wird vergroessert. auch alterbedingte leiden werden kuenftig als behinderung anerkannt. es besteht nun ein rechtsanspruch auf die bestmoegliche hilfeleistung. die verpflichtung von angehoerigen, kosten zu ersetzen, als die sogenannte regressansprueche, wurden verringert. es werden nun in erweitertem mass fahrt- und transportkosten uebernommen. bei geschuetzter arbeit wird die verlangte leistung von 70 auf 50 prozent der normaleistung herabgesetzt, der landeszususschuss fuer geschuetzte werkstaetten wird festgelegt. die bestimmungen ueber unterbringung, betreuung und pflegegeld wurden erweitert, der behindertenausweis gesetzlich fundiert. kuenftig werden leistungen auch ohne antrag gewaehrt, was besonders fuer behinderte jugendliche wichtig sein kann.

die mehrkosten fuer die stadt wien, die sich aus diesen verbesserungen ergeben, betragen jaehrlich rund 18 millionen schilling.

str. walter l e h n e r (oevp) begruesste die verbesserungen des gesetzes und legte dann 13 abaenderungsantraege vor. unter anderem verlangte er eine fixierung der zumutbarkeit der arbeit fuer behinderte nach den faehigkeiten, eine festlegung der nachgehenden betreuung, die streichung aller einschraenkungen bei grob fahrllaessigem oder vorsaezlichem vorgehen von behinderten gegen behandlungs- oder hilfsmittel und fuer die verweigerung einer heilbehandlung, die schaffung eigener heime fuer betagte

./.

behinderte, die streichung der einkommensgrenzen, die einrichtung einer beratungsstelle und die bildung einer die stadt beratenden kommission.

str. prof. s t a c h e r verwies darauf, dass einige der oevp-forderungen an anderer stelle des gesetzes bereits enthalten sind. ein eigenes heim fuer betagte behinderte stuende dem wunsch der betroffenen nach sozialer integrierung entgegen. die einkommensgrenzen seien so hoch, dass ihre streichung nicht zweckmaessig waere. eine beratende kommission bestehe bereits.

str. hans m a y r (spoe) wandte sich gegen den antrag, die einschraenkungen zu streichen. auf bundesebene seien diese Bestimmungen im asvg enthalten und immer unbestritten gewesen. die oevp solle sich auf einen einheitlichen standpunkt festlegen, sonst entstuede der eindruck politischer effekthascherei. str. guenther g o l l e r (oevp) wies diesen vorwurf zurueck. landeshauptmannstellvertreter p f o c h erinnerte daran, dass die stadt wien in ihrer hilfe fuer behinderte weit ueber ihre gesetzlichen verpflichtungen hinausgehe.

bei der abstimmung wurde der grossteil der gesetzesnovelle einstimmig angenommen. die punkte, zu denen die oevp abaenderungsantraege eingebracht hatte, wurden - nach ablehnung dieser antraege durch die spoe - von der mehrheit beschlossen. (sti)